

<b>Antrag auf Einrichtung einer Auskunfts-/Übermittlungssperre</b>	Eingangsstempel
--	-----------------

**Antragsteller:**

Familiename:	
Vorname(n):	
Geburtsname:	
Geburtsdatum:	
Anschrift:	

**Übermittlungssperren:**

1	<input type="checkbox"/> Da ich nicht der Religionsgesellschaft meines Ehegatten angehöre, beantrage ich gemäß § 26 Abs.2 LMG, dass meine Daten nicht an die <b>Religionsgesellschaft meines Ehegatten</b> übermittelt werden.
2	<input type="checkbox"/> Ich widerspreche der Weitergabe meiner Daten, wenn ich ein <b>Altersjubiläum</b> begehe und bitte um Einrichtung einer Übermittlungssperre nach § 28 Abs. 2 LMG.
3	<input type="checkbox"/> Ich widerspreche der Weitergabe meiner Daten an <b>Parteien, Wählergruppen</b> u. a. <b>im Zusammenhang mit Wahlen</b> und bitte um Einrichtung einer Übermittlungssperre nach § 28 Abs. 1 LMG.
4	<input type="checkbox"/> Ich widerspreche der Weitergabe meines Namens und meiner Anschrift an <b>Adressbuchverlage</b> nach § 28 Abs. 3 LMG und bitte um Einrichtung einer Übermittlungssperre.
5	<input type="checkbox"/> Wir widersprechen der Weitergabe unserer Daten, wenn wir ein <b>Ehejubiläum</b> begehen und bitten um Einrichtung einer Übermittlungssperre nach § 28 Abs. 2 LMG.
6	<input type="checkbox"/> Widerspruch gegen die <b>Melderegisterauskunft mittels Datenübertragung über das Internet</b> (§ 27 Abs. 2 LMG)
7	<input type="checkbox"/> Widerspruch gegen die Datenübermittlung an das <b>Bundesamt für Wehrverwaltung</b> gemäß § 18 Absatz 7 Melderechtsrahmengesetz. Diese Datenübermittlung erfolgt zum Zwecke der Übersendung von Informationsmaterial über die Streitkräfte an eventuell zukünftige Freiwillige.

**Auskunftssperre:**

8	<input type="checkbox"/> Ich beantrage eine <b>Auskunftssperre</b> nach § 27 Abs. 7 LMG wegen einer <b>Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit, ähnl. schützwürdige Interessen</b> . Mein berechtigtes Interesse ergibt sich aus der nachfolgenden Begründung: Begründung des Antragsteller:  <hr/> Die Auskunftssperre ist befristet bis:
9	<input type="checkbox"/> Ich beantrage eine <b>Auskunftssperre</b> nach § 6 MRRG ( <b>Recht auf informationelle Selbstbestimmung</b> , z. B. Auskunftersuchen offensichtlich für Direktwerbung)

Datum und Unterschrift(en)* <sup>1)</sup>
---

Amtliche Vermerke:
--------------------

<sup>1)</sup>Für den Antrag Nr. 5 sind die Unterschriften beider Ehegatten erforderlich

## Erläuterungen zu den einzelnen Auskunfts-/Übermittlungssperren

### **Widerspruch gegen Übermittlung an Religionsgesellschaften (Nr. 1)**

Das Meldegesetz sieht vor, dass den **Kirchen** neben den Daten ihrer Mitglieder auch einige Grunddaten von Nichtmitgliedern, die mit einem Kirchenmitglied in demselben Familienverband leben, übermittelt werden dürfen. Der betroffene Familienangehörige – also nicht das Kirchenmitglied selbst – kann jedoch noch § 26 Abs. 2 LMG die Einrichtung einer Übermittlungssperre verlangen. Eine Begründung ist nicht erforderlich.

### **Widerspruch bei Alters- und Ehejubiläen (Nrn. 2 und 5)**

Wenn Sie ein **Alters- oder Ehe- oder Lebenspartnerschaftsjubiläum** haben, darf die Meldebehörde auf Grund von § 28 Abs. 2 LMG eine auf folgende Daten beschränkte Auskunft erteilen: Vor- und Familiennamen, Doktorgrad, Anschriften sowie Tag und Art des Jubiläums. Die Ehrung von Altersjubiläen beginnt frühestens mit Vollendung des 70. Lebensjahres und die Ehrung von Ehejubiläen erstmals aus Anlass der Goldenen Hochzeit. Diese Auskünfte dürfen jedoch nur erteilt werden, wenn Sie nicht widersprochen haben. Das Widerspruchsrecht kann nur bis spätestens 2 Monate vor dem Jubiläum ausgeübt werden. Eine Begründung ist nicht erforderlich.

### **Widerspruch gegen Übermittlung an Parteien (Nr. 3)**

Im Zusammenhang mit Wahlen dürfen nach § 28 Abs. 1 LMG, **Parteien, Wählergruppen u. a. im Zusammenhang mit Wahlen** im Rahmen von so genannten Gruppenauskünften Meldedaten übermittelt werden. Dieser Datenübermittlung können Sie widersprechen. Eine Begründung ist nicht erforderlich.

### **Widerspruch gegen Übermittlung an Adressbuchverlage (Nr. 4)**

**Adressbuchverlage** dürfen nach § 28 Abs. 3 LMG Auskünfte über Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschriften von Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, übermittelt werden. Dieser Auskunftserteilung können Sie widersprechen. Eine Begründung ist nicht erforderlich.

### **Widerspruch gegen Internetauskunft (Nr. 6)**

Einfache Melderegisterauskünfte können gem. den Voraussetzungen des § 27 Abs. 2 LMG auch mittels Datenübertragung über das Internet erteilt werden. Ein Abruf ist nicht zulässig, wenn Sie gemäß § 27 Abs. 2 LMG dieser Form der Auskunftserteilung widersprechen.

### **Widerspruch gegen Übermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung (Nr. 7)**

Zum Zwecke der Übersendung von Informationsmaterial über die Streitkräfte an eventuell Freiwillige erfolgt eine Datenübermittlung an das **Bundesamt für Wehrverwaltung** gemäß § 18 Abs. 7 Melderechtsrahmengesetz. Dieser Datenübermittlung können Sie widersprechen, wenn Sie die Zusendung des Informationsmaterials nicht wünschen.

### **Auskunftssperre wegen besonderer schutzwürdiger Interessen (Nr. 8)**

Nach § 27 Abs. 7 LMG, darf die Meldebehörde keine Auskünfte erteilen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dem Betroffenen oder einer anderen Person hieraus eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann. Die Einrichtung dieser Auskunftssperre ist von Ihnen besonders zu begründen und mit evt. Nachweisen (Anzeige, ärztliche Atteste, o.ä.) zu belegen.

Nach § 27 Abs. 7 LMG ist die Auskunftssperre befristet und endet mit Ablauf des zweiten auf die Antragstellung folgenden Kalenderjahres. Liegen die Gründe für die Einrichtung einer Auskunftssperre nach Ablauf dieser Frist weiterhin vor, kann die Sperre auf Antrag verlängert werden.

### **Auskunftssperre - Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Nr. 9)**

Diese Auskunftssperre ist im Einzelfall auf Antrag im Melderegister einzutragen, wenn die betroffene Person verlangt, dass ihre Daten nicht an Unternehmen übermittelt werden, die diese erkennbar für Zwecke der Direktwerbung verwenden wollen (§ 6 MRRG). Die Beantragung dieser Auskunftssperre ist ohne Angabe von Gründen möglich.